

Kapitel 3: Solidarität sichern



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Maria Klein-Schmeink (KV Münster)

Änderungsantrag zu PB.S-01

Nach Zeile 565 einfügen:

Patient*innenrechte stärken

Für uns stehen die Bedürfnisse und der Nutzen für die Patient*innen und Pflegebedürftigen im Mittelpunkt. Sie sollen von Zuschauer*innen zu Beteiligten in unserem Gesundheitswesen werden. Dazu wollen wir die Möglichkeiten der Patient*innen und Versichertenvertretung in den Gremien des Gesundheitswesens ausbauen, insbesondere auch durch ein eigenes Unparteiisches Mitglied im Gemeinsamen Bundesausschuss, größere Beteiligungs- und Informationsrechte und eine Reform der Sozialwahlen. Patient*innen sollen selbstbestimmt und auf informierter Grundlage Entscheidungen treffen und bei Problemen ihre Rechte wirksam durchsetzen können. Wir wollen daher mehr Qualitätstransparenz im Gesundheitswesen und setzen uns für die Gründung einer von den Patienten- und Selbsthilfeorganisationen getragenen Stiftung ein, die der Unabhängigen Patientenberatung eine verlässliche und gemeinnützige neue Heimat gibt. Die Patientensicherheit wollen wir voranbringen. Opfern von Behandlungsfehlern müssen leichter Entschädigungen erhalten und Strukturen zur Fehlervermeidung flächendeckend eingeführt werden.

weitere Antragsteller*innen

Kirsten Kappert-Gonther (KV Bremen-Nordost); Jörg Sauskat (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Janosch Dahmen (KV Ennepe-Ruhr); Jens Kolodziejczak (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus); Tabea Rößner (KV Mainz); Klaus Müller (KV Berlin-Mitte); Harald Wölter (KV Münster); Ralph Krolewski (KV Oberberg); Simon Bogumil (KV Köln); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Sebastian Rühl (KV Main-Kinzig); Mehrdad Mostofizadeh (KV Essen); Sabine Grützmacher (KV Oberberg); Ludger Kämmerling (KV Coesfeld); Gerhard Fischer (KV Mettmann); Martina Hoffmann-Badache (KV Solingen); Raphael Dittert (KV Bochum); Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV Düsseldorf)